

# Haushaltseinsparung behindert Bildungsreformen

**Bildungspolitik:** Bildungsgipfel – Krisengipfel – Runder Tisch Bildung. Mit diesen Begriffen wurde die kurzfristige Einladung von Kultusministerin Warminski-Leitheußer bezeichnet. 17 bildungspolitische Verbände, Gewerkschaften und Beamtenbund sowie die kommunalen Landesverbände waren am 25. November zum Gespräch geladen.

Es handle sich nicht um einen Krisengipfel, betonte die Ministerin. Es war ein Gespräch, das nach Auffassung der Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer einen Austausch von Positionen im konstruktiven Dialog enthalte und über die Haushaltsberatungen zu einem frühen Zeitpunkt mit Details informiere. Die Kultusministerin bemühe sich um Transparenz und stelle dar, was bereits entschieden beziehungsweise geplant sei.

Sie unterstrich zu Beginn des Treffens, dass die Landesregierung das Ziel der Netto-Null-Veranschuldung für 2012 erreicht habe und es zudem hohe Investitionen im Bildungsbereich gebe. Tatsache ist, dass 315 Millionen Euro

aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer für den Ausbau der Krippenplätze für die 0- bis 3-jährigen und 15 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Leider verzichtet die Landesregierung darauf, zumindest einen Teil dieses finanziellen Volumens für die Umsetzung des Orientierungsplans einzusetzen. Dieses Signal wäre angesichts der Bedeutung der Qualität in Kindertageseinrichtungen wichtig gewesen. Die Ministerin machte auch deutlich, dass die Maßnahmen der Qualitätsoffensive Bildung von der alten Landesregierung nicht durchfinanziert waren und jetzt die neue Landesregierung vor große Probleme stelle.

## Krankheitsvertretung aufgestockt

„Die Unterrichtsversorgung ist für uns das A und O der Bildungspolitik und sie muss für alle Schulen besser werden“, betonte Warminski-Leitheußer. Deshalb wurden auch die 711 Lehrerstellen entsperrt, die die CDU/FDP-Landesregierung bereits kassiert hatte. Um 2,8 Millionen Euro wurden die Mittel für Krankheitsvertretung bereits vor der Sommerpause aufgestockt.

Warminski-Leitheußer führte weiter aus, dass die Landesregierung zugesagt habe, die prognostizierten 3.300 Lehrerstellen, die angesichts des starken Schülerrückgangs wegfallen könnten, im Wert von 180 Millionen Euro im Bildungssystem zu belassen. Für die GEW ist es ausgesprochen unverständlich, dass überhaupt über den Wegfall der frei werdenden Stellen nachgedacht wird. Konkrete Zahlen wurden für die Umsetzung von Maßnahmen der

Enquete-Kommission „Fit für die Wissensgesellschaft“ genannt: 6,4 Millionen Euro sollen dafür im Jahr 2012 zur Verfügung stehen. Der Überblick über die Vorhaben war informativ, aber nur teilweise mit konkreten Angaben über die Ressourcen verbunden. Hier zusammengefasst die wichtigsten Informationen:

- Die Lehrerreserve soll von jetzt 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent im Jahr 2016 ausgebaut werden. Jährlich 200 Lehrerstellen sind dafür notwendig. Gekürzt sind die sogenannten Schöpfmittel, aus denen ein beträchtlicher Teil der Krankheitsvertretungen finanziert wird. Bei Bedarf sollen weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- Das 10. Schuljahr der Werkrealschule war im Gesetzentwurf, zu dem die GEW ihre Stellungnahme abgab, mit 468 Deputaten ausgestattet. Davon sind inzwischen nur noch 251 übrig. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die vorgesehene äußere Differenzierung im neu konzipierten 10. Schuljahr nicht möglich ist. Die sehr schwachen und die starken Schüler/innen müssen dann gemeinsam unterrichtet werden – in neuen Unterrichtsfächern, auf die die Lehrkräfte nicht vorbereitet sind. Das ist eine unzumutbare Aufgabe.

- Die 60 Deputate für die Gemeinschaftsschulen (GMS) werden für die 30 Starterschulen mit 12 Stunden je Zug und einer Anschubunterstützung im Umfang von insgesamt 6 Stunden, verteilt auf 3 Jahre, verwendet. Außerdem sind 6 Deputate von Sonderpädagog/innen für die GMS vorgesehen.

- Bei den 200 Deputaten für die Realschulen war zum Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht entschieden, ob sie komplett für In-



tensivierung der Förderung eingesetzt werden. Im Falle der Einführung der Kompetenzanalyse Profil AC würden dafür 107 der 200 Stellen benötigt.

- 100 Deputate von Sonderpädagog/innen sind für die Inklusion eingeplant. Das im Koalitionsvertrag versprochene Zwei-Pädagogen-Prinzip kann damit nicht umgesetzt werden.

- Die Poolstunden für Gymnasien werden nicht in dem Umfang gewährt, wie es die Ministerin noch im September zugesagt hatte und der auch im Koalitionsvertrag verankert ist. Der Grund ist offenkundig: Die Modellversuche für G 9 verbrauchen Ressourcen, die für andere Vorhaben an Gymnasien fehlen werden.

### Kein G9 zulasten von G8

Die Position der GEW ist klar: Kein G9 zulasten der Schüler/innen im G8. Die Anzahl der Schulen, die G9-Bildungsgänge einrichten, wird bei ca. 50 liegen.

- Mit 26,5 Millionen Euro, finanziert aus Lehrerstellen, soll das Projekt „Singen, Bewegen, Sprechen“ in den Kindertageseinrichtungen ausgestattet werden. Weitere 11 Millionen Euro aus der Nichtbesetzung von Lehrerstellen sollen in die Sprachförderung in Kitas investiert werden. Damit wird eine teure Einzelmaßnahme finanziert anstelle der alltagsintegrierten Sprachförderung, die im Koalitionsvertrag versprochen wurde.

- Auf die Forderung nach Fortführung der Klassenteilersenkung antwortete die Ministerin, dies sei die teuerste Form der Stärkung der individuellen Förderung. Sie wolle andere Wege gehen. Schulen mit besonderen Herausforderungen sollen über einen Pool zusätzliche Ressourcen bekommen.

- Der Ausbau der Ganztagschulen und beruflicher Gymnasien sei ebenfalls für das Schuljahr 2012/13 eingeplant. Die Frage, mit wie vielen Stunden offene beziehungsweise gebundene Ganztagschulen rechnen können, blieb unbeantwortet.

- Ein Abbau der Bugwellen an



Gymnasien sei im nächsten Schuljahr nicht vorgesehen. Diese Aussage enttäuschte. Schließlich setzt der Wegfall des Doppeljahrgangs G8/G9 mehr als 1.000 Stellen frei. Die Lehrereinstellung an Gymnasien wird ohne Bugwellenabbau einen problematischen Tiefstand erreichen und einen Jahrgang qualifizierter Lehrkräfte in Baden-Württemberg ohne Berufsperspektive lassen. An den beruflichen Schulen dagegen soll ein Einstieg in die Rückgabe der Bugwellenstunden erfolgen.

### Keine neue Verwaltungsvorschriften für Kooperationen

- Der Netto-Null-Verschuldung zum Opfer gefallen sind die neuen Verwaltungsvorschriften (VwV) „Kooperation“ und „Übergangungsverfahren“, die unter anderem die Unterstützung für die Kooperationslehrkräfte der weiterführenden Schulen regeln sollten. Nachdem dafür überraschend keine Ressourcen zur Verfügung stehen, wurden die VwV komplett zurückgezogen. Die alte VwV „Aufnahmeverfahren für die auf der Grundschule aufbauenden Schularten“ behält vorläufig Gültigkeit.

- Die Kürzung der Lehrerfortbildungsmittel im Jahr 2011, die

noch unter der alten Landesregierung erfolgte, soll im Jahr 2012 zurückgenommen werden. Allerdings sollen dafür Lehrerstellen verwendet werden.

### Kein Geld für Qualifizierung der Lehrkräfte

Ein Dilemma: Die Lehrerfortbildungsmittel liegen in Baden-Württemberg weit unterhalb des notwendigen Volumens. Ständig werden neue Reformvorhaben auf den Weg gebracht. Für die Qualifizierung der Lehrkräfte, die die Reformen umsetzen sollen, ist kein Geld da. Wenn zur Finanzierung der Fortbildung Lehrerstellen gesperrt werden, ist das keine Lösung.

Mit 3.330 frei werdenden Stellen aufgrund des Schülerrückgangs rechnet die Landesregierung. Rund 800 dieser Stellen wird das Kultusministerium einsetzen, um die Unterrichtsversorgung auf dem bisherigen Niveau zu halten. Das ist notwendig, weil sich zurückgehende Schülerzahlen nicht proportional in geringerem Lehrerberuf auswirken. Schließlich braucht eine Klasse mit 28 Schüler/innen nicht weniger Lehrerstunden als eine Klasse mit 30. In den vergangenen Jahren wurde

jeweils ein Drittel der frei werden- den Stellen für die Sicherung der Unterrichtsversorgung verwendet. Für die GEW fällt die Prognose des Schülerrückgangs zu hoch aus. Dies kann hochproblematische Folgen haben. Die rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen sind in vollem Umfang für Reformvorhaben und andere Maßnahmen – nicht nur im schulischen Bereich verplant. Wenn der Schülerrückgang niedriger ausfällt, fehlen Stellen für die Reformvorhaben oder für die Unterrichtsversorgung.

### **GEW begrüßt Reformvorhaben**

In der Aussprache über die Reformvorhaben wurde die gesamte Bildungspolitik breit diskutiert. Doro Moritz erklärte die GEW-Position, die sich deutlich von der anderer Kritiker unterscheidet: Während die anwesenden Konservativen versuchen, mit allen Mitteln die Reformvorhaben zu verhindern, begrüßt die GEW ausdrücklich die Veränderungen, die

im Koalitionsvertrag enthalten sind. Die Kritik der GEW richtet sich dagegen, wie die Reformvorhaben umgesetzt, kommuniziert und ausgestattet werden. An verschiedenen Orten würden unterschiedliche Sachstände kommuniziert, frühere Aussagen korrigiert – ohne dass dies irgendwo nachlesbar wäre.

### **Klare Rahmenbedingungen fehlen**

Für wenig Vorhaben gibt es zum jetzigen Zeitpunkt Qualifizierungskonzepte und klare Rahmenbedingungen. Mit ungenügend vorbereiteten Reformen werden die Lehrkräfte überfordert und demotiviert. Dies schafft keine Akzeptanz in Schule und Öffentlichkeit und stellt vor allem für die Schüler/innen keine Verbesserung dar. Interesse der GEW ist es, dass die Reformen erfolgreich umgesetzt werden. Deshalb legte Moritz den Finger in diese Wunde.

Doro Moritz kritisierte die Position der Ministerin zur zeitlichen

Lage von Fortbildungsveranstaltungen und Pädagogischen Tagen. Laut Pressebericht will Warminski-Leitheußer dafür sorgen, dass Lehrerfortbildungen, Schulkonferenzen und Pädagogische Tage, anders als bisher vielfach üblich, in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden. Die GEW-Vorsitzende warf ihr in diesem Zusammenhang Populismus und Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrer/innen vor. Außerdem fänden Fortbildungen bereits in beträchtlichem Umfang in der unterrichtsfreien Zeit statt. Doro Moritz erwartet von der Ministerin, dass sie an dieser Stelle nicht dreht.

Kultusministerin Warminski-Leitheußer sagte weitere Gespräche und Transparenz bei der Umsetzung der Vorhaben zu. Dieses Angebot wurde von der großen Gesprächsrunde ausdrücklich begrüßt – auch weil an diesem Tag viele Fragen offen beziehungsweise unbeantwortet blieben.

b&w

## **Landesregierung legt Kürzungspläne vor**

Die Landesregierung hat in ihrem Haushaltsplan 2012 beschlossen, 360 Millionen Euro einzusparen, um einen ausgeglichen Haushalt vorlegen zu können. 130 Millionen Euro sollen dabei die Beamt/innen beitragen.

### **Konkrete Maßnahmen**

Anders als im Sommer angekündigt, soll die Besoldungs- und Versorgungsanpassung nicht zeitgleich, sondern verzögert zu der Tarifierhöhung erfolgen. Hierdurch sollen 100 Millionen Euro eingespart werden. Geplant ist, die Gehälter und Bezüge bei den Besoldungsgruppen bis A10 statt zum 01.01.2012 erst zum 01.03.2012 und bei den Besoldungsgruppen ab A11 sogar erst zum 01.08.2012 zu erhöhen. Dadurch entgehen etwa einem Beamten in A10 (je

nach Stufe) insgesamt zwischen ca. 90 und 110 Euro allein beim Grundgehalt; einer Beamtin in A13 sogar zwischen ca. 430 und 530 Euro.

Die restlichen 30 Millionen sollen bei der Beihilfe eingespart werden. Hierzu soll die nach Besoldungsgruppen gestaffelte Kostendämpfungspauschale ab 2012 um 25 Prozent angehoben werden; bei den aktiven Beschäftigten in den Besoldungsgruppen der A-Tabelle sind das zwischen 19 und 30 Euro bzw. bei den Ruheständler/innen zwischen 15 und 25 Euro. Zudem soll der Eigenbetrag bei Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt von 13 auf 22 Euro angehoben werden, was jährlich einer Steigerung von 108 Euro entspricht.

Die GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen

Dienst lehnen die Sparmaßnahmen ab. Grün-Rot ist nicht dafür gewählt worden, die Sparopferpolitik der schwarz-gelben Zeit bei den Beamt/innen fortzusetzen. An dieser Position bestand nie Zweifel – anders als beim Beamtentbund, der noch im Oktober Gesprächsbereitschaft über Kürzungen signalisierte. Um Druck auf die Landesregierung und die grün-roten Landtagsfraktionen auszuüben, ruft der DGB mit der Aktion „MdL@home – Besucht eure Landtagsabgeordneten“ dazu auf, den Protest gegen die Sparmaßnahmen direkt in die Sprechstunden der grün-roten MdLs zu tragen. Alle notwendigen Informationen (Adressen der MdL, Argumentationshilfen u.a.) sind auch auf der Internetseite der GEW eingestellt. Mitmachen zählt!

Martin Schommer